



J-J

Erklärung der FWG Pro Bürger durch die

1. Vorsitzende Jeannette Jacob

anlässlich der SG-Ausschusssitzung
am 19.6.2012

FWG-Pro Bürger der Samtgemeinde Fredenbeck

Jeannette Jacob

Fraktionsvorsitzende

Im Surfeld 1

21717 Fredenbeck

Tel. 04149- 12 36 · Fax: 04149- 93 15 84

Als Vorsitzende der Freien Wählergemeinschaft Pro Bürger der SG Fredenbeck möchte ich im Namen meiner Ratskollegen und Kolleginnen folgende Erklärung abgeben:

Wir distanzieren uns hiermit im juristischen Sinne von dem Abstimmungsergebnis der Ratssitzung in Helmste am 14.6.2012 in der Verhandlungssache: Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 10 „Windpark Helmste, 1 VO – 2012/DE/030 Änderung; aus folgenden Gründen:

Alle Ratsleute wurden in diversen Gesprächen und am Sitzungstag immer wieder darauf hingewiesen, dass bei einer Zustimmung für die 2 Windanlagen im bestehenden Windpark gegen die Vorgaben des Raumordnungsprogramms wie folgt verstoßen werde:

1. Mit diesen neuen Windmühlen verfügt der zukünftige gesamte Windpark über 22 Anlagen und nicht, wie im RROP vorgegeben aus maximal 20 Anlagen.
2. Altanlagen sind nach Errichtung neuer Anlagen abzubauen (Repowering). Das geschieht in dem Fall nicht.
3. Die Anlagen sollen nach Art und Größe einheitlich sein. Die Vorgabe kommt hier auch nicht zum Tragen, weil die neuen Anlagen eine Höhe von mindestens 180 Metern erreichen sollen und der Altbestand ca. 150 m hoch ist.
4. Schwerwiegend kommt hinzu, dass Schadenersatzansprüche seitens der Betreiberfirma geltend gemacht werden könnten, falls das Projekt nicht konform mit dem RROP einhergeht und der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan im Rat nicht durchgeht und dadurch bedingt das Projekt nicht zum Tragen kommt.

Trotz ausführlicher Aufklärung und angebotener Lösungen von Seiten der FWG und einiger Bürger haben 7 Ratsleute für die 2 180m hohen Anlagen im bestehenden Park zugestimmt. Auch mahnende Worte seitens der Verwaltung während der Bau- und Wegeausschusssitzung am 7.6.2012 wurden ignoriert.

2.Seite

Anstatt möglichen Schaden von der Gemeinde abzuhalten, wurde vorsätzlich und im Vorgriff in Kauf genommen, möglicherweise Schäden zu verursachen. Das kann nicht im Sinne der Aufgaben eines Rates sein!

Die Zustimmung wurde öffentlich, bewusst und vorsätzlich abgegeben von 7 Ratsmitgliedern.

Wir lehnen es bereits heute ab, dass die Steuerzahler auch nur 1 Cent im möglichen Schadenersatzfall zu leisten haben.

Zum Schluss erwarte ich, dass Verleumdungen, Einschüchterungs- und Erpressungsversuche, Mobbing und Nachspionieren gegenüber FWG-Ratsmitgliedern durch die Verursacher dieser Aktionen ein Ende gesetzt wird.

Der Vorwurf, die FWG würde einen Krieg inszenieren und ein Dorf spalten, wird an die Verursacher dieser Meinungsverteilung zurückgegeben. Nicht wir haben ein höchst fragwürdiges Verfahren eingeleitet, sondern mit unseren Einsprüchen und Bedenken ein allen Bürgern zustehendes demokratisches Recht wahrgenommen. Wir haben auch den Versuch unternommen, möglichen Schaden von der Gemeinde und vielen Bürgern fernzuhalten.

Wenn Herr Jürgen Werner am 16. Juni 2012 öffentlich von einem angezettelten Krieg spricht, dann ist er der Verursacher dieses „Krieges“. Das sind nicht die Menschen, welche ein ihnen zustehendes demokratisches Recht wahrnehmen!

Wir möchten eine saubere, den Gesetzen und dem öffentlichen Wohl verpflichtete Politikaarbeit mit sachlichen Argumenten und fairen Diskussionen zum Wohle unserer Gemeinde und der in ihr wohnenden Menschen.

Ich bitte, diese Erklärung als Beilage dem Protokoll hinzuzufügen.

Fredenbeck, den 19. Juni 2012

J.J.